



Antrag

der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW

Die Entsendung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wirksamer kontrollieren - Lohndumping bekämpfen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass mit der so genannten EU-Entsenderichtlinie ein gutes Instrument zur Belebung des europäischen Arbeitsmarktes etabliert worden ist.

Der Landtag stellt jedoch weiterhin fest, dass Erfahrungen mit der Umsetzung des geltenden Rechts Anlass zur Sorge geben. Die Einhaltung der Grundregel der Entsenderichtlinie, nämlich die Gewähr von Arbeitsbedingungen und Entlohnung, die am Ort der erbrachten Dienstleistung vorgesehen sind, wird nicht ausreichend kontrolliert.

Der Landtag fordert daher, dass – wenn eine Revision der Entsenderichtlinie nicht durchsetzbar ist – die geplante Durchsetzungsrichtlinie der Europäischen Union mindestens dafür Sorge trägt, dass die Einhaltung der EU-Entsenderichtlinie wirksamer kontrolliert wird. Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Bundesregierung auf, der Durchsetzungsrichtlinie nur unter der Maßgabe wirksamer Kontrollinstrumente zuzustimmen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns einzusetzen, um zu verhindern, dass entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu Dumpinglöhnen in Deutschland arbeiten.

Regina Poersch
und Fraktion

Dr. Andreas Tietze
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering
und die Abgeordneten des SSW